

Sammeltitel – Titre collectif

Gewalt gegen Frauen. Initiativen
Actes de violence. Initiatives

96.464

Parlamentarische Initiative
(von Felten)
Gewalt gegen Frauen
als Officialdelikt.
Revision von Artikel 123 StGB
Initiative parlementaire
(von Felten)
Classification parmi les infractions
poursuivies d'office des actes
de violence commis sur des femmes.
Révision de l'article 123 CP

Kategorie IV, Art. 68 GRN – Catégorie IV, art. 68 RCN

Wortlaut der Initiative vom 13. Dezember 1996

Gestützt auf Artikel 21bis des Geschäftsverkehrsgesetzes verlange ich mit einer parlamentarischen Initiative in der Form eines ausgearbeiteten Entwurfes eine Ergänzung von Artikel 123 des Strafgesetzbuches («Einfache Körperverletzung»):

Abs. 3 (neu)

Ist der Täter Ehegatte des Opfers oder lebt er mit diesem in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft, wird der Täter von Amtes wegen verfolgt. Der Täter wird auch dann von Amtes wegen verfolgt, wenn er die Tat nach Aufhebung des Zusammenlebens begeht.

Texte de l'initiative du 13 décembre 1996

Me fondant sur l'article 21bis de la loi sur les rapports entre les Conseils, je demande, sous la forme d'un projet rédigé de toutes pièces, que l'on complète l'article 123 du Code pénal («Lésions corporelles simples»).

Al. 3 (nouveau)

Si le délinquant est le conjoint de la victime ou s'il vit avec elle en union consensuelle non maritale, il est poursuivi d'office. Il est également poursuivi d'office s'il a commis les faits après la dissolution de l'union.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Keine – Aucun

Nabholz Lili (R, ZH) unterbreitet im Namen der Kommission für Rechtsfragen (RK) den folgenden schriftlichen Bericht:

Die Kommission hat an ihrer Sitzung vom 27. Oktober 1997 die von Nationalrätin von Felten am 13. Dezember 1996 eingereichte parlamentarische Initiative gemäss Artikel 21ter des Geschäftsverkehrsgesetzes vorgeprüft.

Die Initiative verlangt, dass in Artikel 123 des Strafgesetzbuches («Einfache Körperverletzung») das Antragserfordernis wegfällt, wenn der Täter Ehegatte des Opfers ist oder mit diesem in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft lebt.

Die Initiatorin ist Mitglied der Kommission und war bei der Vorprüfung ihrer Initiative anwesend.

Begründung der Initiatorin

Im schweizerischen Recht bildet der Straftatbestand der einfachen Körperverletzung grundsätzlich ein Antragsdelikt.

Ausnahmen sind in Artikel 123 Absatz 2 StGB abschliessend aufgezählt. Der Täter wird von Amtes wegen verfolgt, «wenn er Gift, eine Waffe oder einen gefährlichen Gegenstand gebraucht, wenn er die Tat an einem Wehrlosen oder an einer Person begeht, die unter seiner Obhut steht oder für die er zu sorgen hat, namentlich an einem Kind». Die parlamentarische Initiative will diesen Katalog der Ausnahmen erweitern. Gewalt gegen Frauen in Paarbeziehungen soll künftig von Amtes wegen verfolgt werden. Es besteht ein überwiegendes öffentliches Interesse, dass diese Straftaten nicht unverfolgt bleiben.

Kürzlich wurde über eine Studie des Nationalen Forschungsprogramms «Frauen in Recht und Gesellschaft» des Schweizerischen Nationalfonds orientiert. Eine Forschungsgruppe des Genfer Gleichstellungsbüros hat 1500 in einer Paarbeziehung lebende Frauen im Alter von 20 bis 60 Jahren interviewt. Diese repräsentative Umfrage kommt zum Ergebnis, dass in der Schweiz mehr als eine von fünf Frauen während ihres Lebens unter psychischer oder sexueller Gewaltanwendung durch ihren Lebensgefährten zu leiden haben. Die Auswertung der Daten zeigt, dass Gewalt in Paarbeziehungen an keine sozialen oder altersmässigen Grenzen gebunden ist. Sie betrifft Frauen aller sozialen Schichten, Frauen auf dem Land ebenso wie solche in der Stadt, und Frauen jeden Alters. Trotz der grossen Stichprobe muss davon ausgegangen werden, dass die ausgewiesenen Resultate das reale Ausmass der Gewalt in Paarbeziehungen unterrepräsentieren. Aus anderen Studien ist bekannt, dass Frauen nach Aufhebung des Zusammenlebens besonders stark gefährdet sind.

Diese Form der Gewaltausübung muss als Massenphänomen, nicht als psychologisches Problem einzelner Männer und Frauen, angegangen werden. Die Besonderheit dieses Kriminalitätsbereichs besteht darin, dass die Täter in der Regel in dem Glauben handeln, einen legitimen Anspruch auf Unterordnung durchzusetzen. Diese Haltung kommt nicht von ungefähr. Die Erfahrung zeigt, dass demjenigen Täter viel Verständnis entgegengebracht wird, der aus Ohnmachtsgefühlen heraus zugeschlagen hat, weil er sich seiner Frau situativ unterlegen fühlte. So wird z. B. festgestellt, dass institutionelle Helfende (Ärzte, Polizei, Sozialdienst) noch immer dazu neigen, Gewalt in Paarbeziehungen als Privatangelegenheit zu bagatellisieren. Dieser weit verbreiteten Meinung kann nur begegnet werden, wenn die Strafverfolgung konsequent bei allen Gewaltdelikten im sozialen Nahraum von Amtes wegen erfolgt. Es darf kein Zweifel bestehen, dass das fehlende Unrechtsbewusstsein und das entsprechende gewalttätige Verhalten weder gebilligt noch geduldet werden. Der Verzicht auf das Antragserfordernis bei Gewalt in Beziehungen ist Voraussetzung für die Durchführung von wirksamen Programmen der Gewaltprävention. Es wird auf die Ergebnisse des Domestic Abuse Intervention Project (DAIP-Projekt), Duluth Minnesota, verwiesen.

Erfahrungsgemäss fällt es Opfern von Gewalt im sozialen Nahraum ausgesprochen schwer, einen Strafantrag zu stellen oder einen solchen aufrechtzuerhalten, da sie vom Täter oder weiteren Angehörigen leicht unter Druck gesetzt werden können. Die konsequente Verfolgung von Amtes wegen entlastet die Opfer und stellt die Strafverfolgung bei diesem schwerwiegenden sozialen Problem in die Verantwortung des Staates. Die Autonomie des Opfers bleibt durch das Zeugnisverweigerungsrecht gewahrt.

Einfache Körperverletzung ist in Frankreich, in den Niederlanden, in Österreich sowie im angloamerikanischen Recht (USA, Kanada) kein Antragsdelikt. In Deutschland ist dieses Delikt grundsätzlich ein Antragsdelikt, es sei denn, die Strafverfolgungsbehörde bejahe ein besonderes öffentliches Interesse an der Strafverfolgung. Im System des schweizerischen StGB gibt es folgende Unstimmigkeiten: Der Straftatbestand der Nötigung (Art. 181 StGB) ist ein Officialdelikt, obwohl das für die Strafbarkeit erforderliche Mass an Gewaltanwendung bei diesem Delikt viel weniger weitgehend ist. Ausserdem wirft die Abgrenzung zwischen schwerer (Officialdelikt) und einfacher (Antragsdelikt) Körperverletzung Probleme auf.

Erwägungen der Kommission

a. Stand der Arbeiten der Bundesversammlung und der Verwaltung zum gleichen Gegenstand

In dem von der Initiative berührten Bereich des Strafrechtes sind im Moment keine Revisionsvorhaben im Gang.

b. Mit der Initiative verbundener Aufwand und Zeitplan der parlamentarischen Arbeit

Die Umsetzung der parlamentarischen Initiative würde auf Bundesebene nur geringfügige Änderungen einer Bestimmung des Strafgesetzbuches erfordern und wäre deshalb ohne grossen Aufwand und innerhalb von kurzer Zeit zu bewerkstelligen.

c. Möglichkeit, das angestrebte Ziel mit einer Motion oder einem Postulat zu erreichen

Mit einer Motion oder einem Postulat könnte das von der parlamentarischen Initiative angestrebte Ziel ebenfalls erreicht werden, wenn der Bundesrat das Anliegen unterstützt. Da die Umsetzung aber technisch einfach ist, zieht es die Kommission vor, auf dem Weg über die parlamentarische Initiative sicherzustellen, dass die angestrebte Gesetzesänderung möglichst rasch erfolgt.

d. Erwägungen der Kommission

Die Kommission für Rechtsfragen behandelte die Initiative an ihrer Sitzung vom 27. Oktober 1997 zusammen mit der parlamentarischen Initiative von Felten «Sexuelle Gewalt in der Ehe als Officialdelikt» (96.0465). Beide Initiativen befassen sich mit der Gewalt im häuslichen Bereich; sie gehen davon aus, dass Gewalt in Paarbeziehungen nicht länger als Privatangelegenheit behandelt werden darf.

Die Initiatorin zitierte in Ergänzung ihrer ausführlichen schriftlichen Begründung eine Studie, wonach in der Schweiz im Laufe eines Jahres 87 000 Frauen physische oder sexuelle Gewalt durch ihre Lebenspartner oder Ehemänner erleben. Der Anteil an psychischer Gewalt ist noch wesentlich grösser. Die Ergebnisse zeigen, dass Gewalt gegen Frauen in Paarbeziehungen unabhängig von der sozialen Schicht und Altersgruppe oder der kulturellen Herkunft vorkommt.

Nur bei einem kleinen Teil dieser Fälle wird die Tat verfolgt oder gar bestraft. Eine kriminologische Studie aus den achtziger Jahren hat ergeben, dass von 100 Gewalttaten gegen Partnerinnen nur 14 der Polizei gemeldet werden; 6 Täter werden aufgespürt, 1,5 Festnahmen werden gemacht, 0,75 Männer werden verurteilt, und 0,37 werden mit Busse oder Gefängnis bestraft (Alberto Godenzi, «Frauenfragen», 1/97). Ein Problem bildet die Möglichkeit, den Strafantrag zurückzuziehen. Dadurch wird dem Opfer signalisiert, dass die Angriffe auf die physische Integrität staatlich geduldet werden, und dem Täter wird bestätigt, dass Gewalt gegen Partnerinnen zur Durchsetzung seiner Interessen berechtigt ist. Sämtliche Untersuchungen zeigen auf, dass bei häuslicher Gewalt beim überwiegenden Teil der Täter das Unrechtsbewusstsein fehlt.

Nach Ansicht der Initiatorin geht diese Gewaltrealität die ganze Gesellschaft an und darf nicht weiter als Privatangelegenheit behandelt werden. An der Verbrechensverhütung und Verbrechensahndung besteht ein öffentliches Interesse; darum gilt im Strafrecht das Officialdeliktprinzip, d. h. die Strafverfolgung von Amtes wegen. Untersuchungen aus den USA und aus Kanada haben zudem gezeigt, dass sich das Antragserfordernis nicht zum Schutze der Verletzten auswirkt; im Gegenteil, das Risiko, dass Gewalt noch vermehrt ausgeübt wird, wird erhöht, wenn der Täter kaum eine Bestrafung befürchten muss. Auch scheinen staatliche Interventionen keinen negativen Einfluss auf die Möglichkeit der Versöhnung zu haben; dagegen wird das Gewaltopfer vom Vorwurf, die Strafuntersuchung eingeleitet zu haben, entlastet. Die Initiatorin betonte im übrigen, dass ihre parlamentarische Initiative, abgesehen vom Titel, geschlechtsneutral formuliert ist, der neue Absatz 3 von Artikel 123 StGB also keineswegs nur zur Anwendung kommen würde, wenn Frauen in der Opferrolle sind.

Die Kommission äusserte sich vorwiegend positiv zu den beiden parlamentarischen Initiativen. In Anbetracht dessen, dass es im Kanton Zürich pro Tag zu sechs bis zehn Polizeieinsätzen unter dem Titel «Familiendifferenzen» kommt,

dass aber ein grosser Teil der Frauen keinen Strafantrag einreicht oder diesen (in der Regel auf massiven Druck) wieder zurückzieht, erscheint die Ausgestaltung als Officialdelikt dringend nötig. Zu beachten ist, dass die Eheleute, selbst wenn es sich um ein Officialdelikt handelt, die Möglichkeit haben, das Zeugnis zu verweigern.

Sollte der Initiative Folge gegeben werden, so müsste in der zweiten Phase abgeklärt werden, ob der Scheidungsrichter in jedem Fall, in dem er Kenntnis von Misshandlungen während der Ehe erhält, dem Untersuchungsrichter das Dossier überweisen müsste, selbst wenn damit eine gütliche Einigung in Frage gestellt würde.

Nabholz Lili (R, ZH) présente au nom de la Commission des affaires juridiques (CAJ) le rapport écrit suivant:

Réunie le 27 octobre 1997, la commission a procédé, conformément à l'article 21ter de la loi sur les rapports entre les Conseils, à l'examen préliminaire de l'initiative parlementaire, déposée le 13 décembre 1996 par Mme von Felten, conseillère nationale.

L'initiative vise à modifier l'article 123 du Code pénal de façon que le délinquant, s'il est le conjoint de la victime ou s'il vit avec elle en union consensuelle non maritale, soit poursuivi d'office (et non plus sur plainte comme c'était le cas jusqu'à aujourd'hui).

L'auteur de l'initiative est membre de la commission. Elle était présente lors de l'examen préliminaire de son initiative.

Développement de l'auteur de l'initiative

En droit suisse, les lésions corporelles simples sont un délit dont la répression a lieu sur plainte. Les exceptions sont énumérées exhaustivement à l'article 123 alinéa 2 CP. La poursuite a lieu d'office «si le délinquant fait usage du poison, d'une arme ou d'un objet dangereux, s'il s'en est pris à une personne hors d'état de se défendre ou à une personne, notamment à un enfant dont il avait la garde ou sur laquelle il avait le devoir de veiller». L'initiative parlementaire vise à allonger la liste des exceptions. Les actes de violence commis sur des femmes au sein du couple doivent à l'avenir être poursuivis d'office. Il est d'intérêt public prépondérant que ces délits ne restent pas impunis.

Selon une étude du Fonds national récemment parue dans le cadre d'un programme national de recherche intitulé «Femmes, droit et société», dans le cadre duquel ont été interviewées 1500 femmes de 20 à 60 ans vivant en couple, plus d'une femme sur cinq a subi dans sa vie des actes de violence physique ou sexuelle de la part de son partenaire. L'analyse des données recueillies montre que la violence dans le couple ne connaît aucune barrière sociale, ni d'âge. Elle concerne les femmes de toutes les couches sociales, qu'elles soient à la campagne ou à la ville, et quel que soit leur âge. Malgré la taille de l'échantillon, on peut admettre que les résultats obtenus sont sous-représentatifs de l'ampleur réelle des faits. D'autres études montrent que les femmes sont particulièrement menacées après la rupture de la relation de couple.

Cette forme de violence doit donc être abordée comme un phénomène de masse, et non comme le problème psychologique de quelques individus. La particularité de ce domaine de la criminalité, c'est que l'auteur des actes de violence agit en général avec la conviction que la victime lui doit soumission, qu'il a là un droit légitime. Cette attitude n'est pas le fait du hasard. L'expérience montre les hommes qui ont frappé leur femme à cause d'un sentiment d'infériorité rencontrent beaucoup de compréhension. On constate par exemple que les institutions censées offrir une assistance (médecins, police, services sociaux) ont encore et toujours tendance à réduire la violence au sein du couple aux dimensions d'un problème privé. Cette opinion largement répandue ne peut être contrée que si tous les actes de violence commis par des proches sont poursuivis d'office. Il serait inadmissible d'approuver encore ou même de tolérer ce manque de sens de l'injustice et l'attitude violente qui en découle.

Supprimer l'obligation de porter plainte est une condition de l'efficacité des programmes de prévention de la violence. L'expérience montre qu'il est difficile aux victimes d'actes de violence commis par des proches de porter plainte ou de maintenir leur plainte, car l'auteur de ces actes ou d'autres membres de la famille peuvent aisément faire pression sur elles. La poursuite d'office donne un rôle plus facile à la victime et confie à l'Etat la responsabilité de la poursuite pénale, dans le cas de ce grave problème social. L'indépendance de la victime reste assurée grâce au droit de refuser de témoigner.

Les lésions corporelles simples sont poursuivies d'office en France, aux Pays-Bas, en Autriche et dans le droit anglo-américain (USA, Canada). En Allemagne, la poursuite a lieu sur plainte à moins que l'autorité de poursuite pénale ne considère qu'un intérêt public important exige une poursuite d'office. Dans le Code pénal suisse, il existe quelques incohérences: la contrainte (cf. art. 181 CP) est poursuivie d'office, bien que la violence nécessaire pour commettre cet acte soit bien moins grande. En outre, la distinction entre lésions corporelles graves (poursuite d'office) et simples (poursuite sur plainte) n'est pas sans poser de problèmes.

Considérations de la commission

a. Etat des travaux au sein de l'Assemblée fédérale et de l'administration sur le même objet

Concernant le domaine abordé par l'initiative, aucun projet de révision en matière de droit pénal n'est prévu.

b. Travail lié à l'initiative et calendrier

La mise en oeuvre des objectifs visés par l'initiative parlementaire ne demandant que des modifications mineures d'une disposition du Code pénal, cette tâche pourra donc être menée à bien dans les plus brefs délais et sans un surcroît de travail important.

c. Possibilité d'atteindre l'objectif visé par l'initiative, au moyen d'une motion ou d'un postulat

Les objectifs visés par l'initiative pourraient être également atteints au moyen d'une motion ou d'un postulat, à condition que le Conseil fédéral soutienne la proposition. Etant donné que la réalisation des objectifs ne présente pas de difficultés majeures, la commission préfère la voie de l'initiative parlementaire, permettant de procéder aussi rapidement que possible à la modification de la loi.

d. Considérations de la commission

Réunie le 27 octobre 1997, la Commission des affaires juridiques a traité cette initiative avec une autre initiative du même auteur «Classification parmi les infractions poursuivies des actes de violence à caractère sexuel commis sur un conjoint» (96.0465). Les deux initiatives concernent la violence domestique. Les actes de violence au sein du couple ne doivent plus être réduits aux dimensions d'un problème privé.

L'auteur de l'initiative a cité en complément de son développement écrit une étude selon laquelle en Suisse, au cours d'une année, 87 000 femmes subissent des actes de violence physique ou sexuelle de la part de leur partenaire ou de leur conjoint. Le pourcentage de violence psychique est encore plus élevé. Les résultats recueillis montrent que la violence au sein du couple ne connaît aucune barrière sociale, ni d'âge. Elle concerne les femmes de toutes les couches sociales.

Seule, une petite partie de ces cas est vraiment poursuivie, voire punie. Une étude en criminologie des années huitante a mis en évidence que sur 100 actes de violence au sein du couple, seuls 14 ont été signalés à la police, 6 auteurs ont été découverts et 1,5 ont été arrêtés; 0,75 hommes ont été condamnés et 0,37 ont dû s'acquitter d'une amende ou ont été emprisonnés (cf. Alberto Godenzi, «Questions au féminin», 1/97). La possibilité du retrait de la plainte pose problème et revient à signaler à la victime que les actes de violence portant atteinte à l'intégrité physique sont tolérés par l'Etat. L'auteur est ainsi conforté qu'en pratiquant de tels actes il exerce un droit légitime. Toutes les études effectuées à ce sujet mettent clairement en évidence qu'une grande partie des auteurs d'actes de violence ne connaissent pas de sentiment de culpabilité.

D'après l'auteur de l'initiative, les actes de violence reflètent une réalité qui concerne toute la société et qu'il convient de ne plus réduire aux dimensions de la vie privée. Il est d'un intérêt public prépondérant que ces délits ne restent pas impunis, c'est pourquoi, en droit pénal, il existe le principe de la poursuite d'office. Des enquêtes effectuées au Canada et aux Etats-Unis ont montré que le fait de devoir déposer une plainte va à l'encontre de la protection de la victime et que le risque qu'un acte de violence soit commis est décuplé lorsque l'auteur sait qu'il n'encourt pratiquement aucun risque d'être puni. De plus, les interventions de l'Etat ne semblent pas exercer d'influence négative sur l'éventualité d'une réconciliation. En revanche, il n'est plus reproché à la victime d'avoir engagé des poursuites pénales. L'auteur de l'initiative souligne par ailleurs que son initiative, à l'exception du titre, est formulé en termes neutres et que le nouvel alinéa 3 de l'article 123 CP ne saurait pas être appliqué uniquement lorsque les femmes sont les victimes.

La commission a accueilli très favorablement les deux initiatives parlementaires. Se fondant sur l'exemple du canton de Zurich où entre six et dix interventions de police ont lieu quotidiennement en rapport avec des «différends familiaux» et qu'une grande partie des femmes ne déposent pas de plaintes ou les retirent (en règle générale sous une pression massive), la commission estime qu'il est urgent d'introduire la poursuite d'office. Il convient de relever que les conjoints peuvent, même s'il s'agit d'une poursuite d'office, refuser de témoigner. Dans l'hypothèse où il serait donné suite à l'initiative, il faudrait examiner dans une seconde phase, si le juge chargé des divorces doit, dans tous les cas où il a connaissance d'actes de violence, transmettre le dossier au juge d'instruction, même si cela devait entraîner une remise en question d'un divorce à l'amiable.

Au vu de ce qui précède, la commission propose de donner suite à l'initiative.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt mit 12 zu 5 Stimmen bei 4 Enthaltungen, der Initiative Folge zu geben.

Proposition de la commission

La commission propose, par 12 voix contre 5 et avec 4 absentions, de donner suite à l'initiative.

96.465

Parlamentarische Initiative (von Felten) Sexuelle Gewalt in der Ehe als Officialdelikt. Revision der Artikel 189 und 190 StGB

Initiative parlementaire (von Felten) Classification parmi les infractions poursuivies d'office des actes de violence à caractère sexuel commis sur un conjoint. Modification des articles 189 et 190 CP

Kategorie IV, Art. 68 GRN – Catégorie IV, art. 68 RCN

Wortlaut der Initiative vom 13. Dezember 1996

Gestützt auf Artikel 21bis des Geschäftsverkehrsgesetzes verlange ich mit einer parlamentarischen Initiative in der Form des ausgearbeiteten Entwurfes die Revision der Artikel 189 («Sexuelle Nötigung») und 190 StGB («Vergewaltigung»). Beide Strafbestimmungen sind jeweils wie folgt zu ändern:

- Aufhebung von Absatz 2;
- Anpassung von Absatz 3 (Aufhebung des letzten Satzes).

Texte de l'initiative du 13 décembre 1996

Me fondant sur l'article 21bis de la loi sur les rapports entre les Conseils, je demande, sous la forme d'un projet rédigé de toutes pièces, une modification des articles 189 («Contrainte sexuelle») et 190 CP («Viol»). L'un et l'autre articles doivent être modifiés comme suit:

- abroger l'alinéa 2;
- adapter l'alinéa 3 (abroger la dernière phrase).

Mitunterzeichner – Cosignataires: Keine – Aucun

Nabholz Lili (R, ZH) unterbreitet im Namen der Kommission für Rechtsfragen (RK) den folgenden schriftlichen Bericht:

Die Kommission hat an ihrer Sitzung vom 27. Oktober 1997 die von Nationalrätin von Felten am 13. Dezember 1996 eingereichte parlamentarische Initiative gemäss Artikel 21ter des Geschäftsverkehrsgesetzes vorgeprüft.

Die Initiative verlangt eine Aufhebung des Antragserfordernisses bei sexueller Nötigung in der Ehe (Art. 189 Abs. 2 StGB) und Vergewaltigung in der Ehe (Art. 190 Abs. 2 StGB). Die Initiatorin ist Mitglied der Kommission und war bei der Vorprüfung ihrer Initiative anwesend.

Begründung der Initiatorin

Bei den Straftatbeständen der sexuellen Nötigung (Art. 189 StGB) und der Vergewaltigung (Art. 190 StGB) wird die Tat nur auf Antrag verfolgt, wenn der Täter mit dem Opfer verheiratet ist und mit diesem in einer Lebensgemeinschaft lebt. Diese Privilegierung ist nicht länger haltbar. Es ist sachlich nicht vertretbar, dass die Rechtsordnung Ehefrauen als weniger schützenswert deklariert als jede andere Person. Von der Täterseite her ist nicht vertretbar, dass für Ehemänner andere gesetzliche Regelungen gelten sollen als für Fremdtäter. Die Bestimmungen gemäss Artikel 189 und 190 StGB finden namentlich keine Anwendung beim Bestehen eines eheähnlichen Verhältnisses (Rehberg J., AJP 1/93, S. 22). Daraus folgt, dass allein auf den Trauschein abgestellt wird, ob das Verbrechen von Amtes wegen oder auf Antrag hin verfolgt wird.

Sexuelle Gewalt bildet den massivsten Angriff auf die physische und psychische Integrität des Opfers. Jeder Täter, jeder Ehemann weiss, dass diese Form der Gewalt zur tiefsten Demütigung und Erniedrigung einer Frau führt. Bei dieser Schwere des Verbrechens besteht ein öffentliches Interesse, dass diese Straftaten nicht unverfolgt bleiben. Weder bei gefährlicher Körperverletzung noch bei versuchtem Totschlag, weder bei Raub noch bei Erpressung – was ja auch in Ehen vorkommen kann – erhält der Täter Sonderrechte. Sexuelle Gewalt gegen Kinder, gegen Mädchen, gegen Frauen und gegen Ehefrauen darf nicht als Privatangelegenheit behandelt werden, sondern muss in jedem Fall als Verbrechen von Amtes wegen geahndet werden.

Kriminologische Studien zeigen klar auf, dass es Opfern von Gewalt im sozialen Nahraum ausgesprochen schwerfällt, einen Antrag zu stellen oder einen solchen aufrechtzuerhalten, da sie vom Täter oder weiteren Angehörigen leicht unter Druck gesetzt werden können. Bei den Straftatbeständen von Artikel 189 und 190 StGB wird das Antragserfordernis so zum wirksamen Täterschutz. Der Verzicht und der Rückzug des Strafantrags sind endgültig und unwiderruflich (Art. 28 Abs. 5, Art. 31 Abs. 2 StGB). Die konsequente Verfolgung von Amtes wegen entlastet die Opfer und stellt die Strafverfolgung bei diesem schwerwiegenden Delikt in die Verantwortung des Staates. Die Autonomie der Opfer bleibt durch das Zeugnisverweigerungsrecht gewahrt.

Sexuelle Gewalt in der Ehe ist gemäss mehreren Studien weit verbreitet. Die Dunkelziffer ist gross. Damit Gewaltprävention effektiv greifen kann, ist die Aufhebung des Antragserfordernisses unabdingbare Voraussetzung. Im Lichte der neueren kriminologischen Erkenntnisse ist es dringend notwendig, das geltende Recht zu ändern.

Erwägungen der Kommission

a. Stand der Arbeiten der Bundesversammlung und der Verwaltung zum gleichen Gegenstand

In dem von der Initiative berührten Bereich des Strafrechtes sind im Moment keine Revisionsvorhaben im Gang.

b. Mit der Initiative verbundener Aufwand und Zeitplan der parlamentarischen Arbeit

Die Umsetzung der parlamentarischen Initiative würde auf Bundesebene nur geringfügige Änderungen einiger Bestimmungen des Strafgesetzbuches erfordern und wäre deshalb ohne grossen Aufwand und innerhalb von kurzer Zeit zu bewerkstelligen.

c. Möglichkeit, das angestrebte Ziel mit einer Motion oder einem Postulat zu erreichen

Mit einer Motion oder einem Postulat könnte das von der parlamentarischen Initiative angestrebte Ziel ebenfalls erreicht werden, wenn der Bundesrat das Anliegen unterstützt. Da die Umsetzung aber technisch einfach ist, zieht es die Kommission vor, auf dem Weg über die parlamentarische Initiative sicherzustellen, dass die angestrebte Gesetzesänderung möglichst rasch erfolgt.

d. Die Kommission hat die parlamentarische Initiative an ihrer Sitzung vom 27. Oktober 1997 zusammen mit der parlamentarischen Initiative «Gewalt gegen Frauen als Officialdelikt. Revision von Artikel 123 StGB» (96.464) behandelt. Die Initiatorin führte aus, dass die im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms «Frauen in Recht und Gesellschaft» des Schweizerischen Nationalfonds durchgeführte Untersuchung über Gewalt in der Ehe und Partnerschaft erstmals Ausmass und Bedeutung dieses Problems in unserem Land sichtbar gemacht hat. Mehr als 11 Prozent aller Frauen haben im Laufe ihres Lebens unter sexueller Gewalt durch ihren Lebensgefährten zu leiden. Die Ausnahme, dass bei sexueller Gewalt in der Ehe das Antragsprinzip gilt, ist nicht länger gerechtfertigt. Dahinter steht die Idee, dass staatliche Interventionen einen negativen Einfluss auf die Möglichkeit der Versöhnung haben. Wie Untersuchungen aus den USA und aus Kanada zeigen, ist diese Vorstellung nicht richtig. Im Gegenteil, durch das Officialdelikt wird das Gewaltopfer vom Vorwurf entlastet, die Strafuntersuchung eingeleitet zu haben.

Die Kommission äusserte sich vorwiegend positiv zu den vorgeschlagenen Änderungen des StGB. Es wird daran erinnert, dass z. B. im Kanton Zürich täglich sechs bis zehn Polizeieinsätze unter dem Titel «Familiendifferenzen» erfolgen, was im Vergleich mit Einsätzen aus anderen Gründen viel ist. Nur ein kleiner Prozentsatz der Frauen stellt aber Strafantrag gegen ihren Ehemann, und sehr viele dieser Frauen ziehen ihren Strafantrag wieder zurück. Dies geschieht oft nicht zur Aufrechterhaltung des Familienfriedens, sondern auf massiven Druck hin. Je länger eine Frau gedemütigt und misshandelt wird, je mehr verliert sie den Mut, aus dieser Situation herauszukommen. Der Mann wiederum sieht keinen Grund, mit seinen Misshandlungen aufzuhören, weil er weiss, dass ihm nichts passiert. Die Kommission stellte fest, dass den Ehefrauen weiterhin das Zeugnisverweigerungsrecht und die Abstandserklärung zustünden, auch wenn das Delikt als Officialdelikt ausgestaltet würde.

Die Kommission erinnerte daran, dass es der Nationalrat bei der Revision des Sexualstrafrechtes in der Wintersession 1990 mit 99 zu 68 Stimmen abgelehnt hat, die Vergewaltigung in der Ehe zum Officialdelikt zu erklären. Die Kommission war in ihrer Mehrheit aber der Meinung, dass unterdessen in weiten Kreisen der Bevölkerung ein Bewusstseinswandel stattgefunden hat, der nun gesetzgeberisch umgesetzt werden sollte.

Gestützt auf diese Überlegungen beantragt die Kommission, der Initiative Folge zu geben.

Nabholz Lili (R, ZH) présente au nom de la Commission des affaires juridiques (CAJ) le rapport écrit suivant:

Réunie le 27 octobre 1997, la commission a procédé, conformément à l'article 21ter de la loi sur les rapports entre les Conseils, à l'examen préliminaire de l'initiative parlementaire,

déposée le 13 décembre 1996 par Mme von Felten, conseillère nationale.

Cette initiative vise à abroger l'exigence du dépôt d'une plainte dans les cas de contrainte sexuelle (cf. art. 189 al. 2 CP) et de viol au sein du couple (cf. art. 190 al. 2 CP).

L'auteur de l'initiative est membre de la commission. Elle était présente lors de l'examen préliminaire de son initiative.

Développement de l'auteur de l'initiative

La contrainte sexuelle (art. 189 CP) et le viol (art. 190 CP) sont poursuivis uniquement sur plainte lorsque leur auteur est marié avec la victime et fait ménage commun avec elle. Ce privilège n'est plus admissible. Rien ne justifie, objectivement, que le droit considère les femmes mariées comme moins dignes d'être protégées que toute autre personne. Si l'on considère les choses du point de vue de l'auteur de l'infraction, il n'est pas non plus admissible les hommes mariés soient soumis à d'autres règles que le premier passant venu. Les dispositions des articles 189 et 190 CP ne s'appliquent notamment pas lorsqu'il existe une relation de couple non maritale. (Rehberg J., AJP 1/93, p. 22). Cela veut dire que seule l'existence d'un acte de mariage détermine si l'infraction sera poursuivie d'office ou sur plainte.

Rien ne porte plus atteinte à l'intégrité physique et psychique de la victime que la violence sexuelle. Tout délinquant, tout mari sait que cette forme de violence est la plus humiliante et la plus dégradante pour la femme. Vu la gravité de cette infraction, il est d'intérêt public qu'elle ne reste pas sans poursuites. Les lésions corporelles graves, la tentative de meurtre, le brigandage, l'extorsion ou le chantage – qui peuvent aussi se commettre au sein d'un couple marié – ne font pas l'objet d'un régime particulier pour certains délinquants. La violence sexuelle à l'égard des enfants et des femmes – même les conjointes – ne doit pas être traitée comme une affaire privée; au contraire, elle doit être poursuivie d'office dans tous les cas, en tant que crime.

Des études de criminologie montrent clairement qu'il est difficile aux victimes d'actes de violence exercés par un proche de porter plainte ou de maintenir leur plainte, car l'auteur de ces actes ou d'autres membres de la famille peuvent aisément faire pression sur elles. Dans le cas des infractions visées aux articles 189 et 190 CP, l'obligation de déposer plainte revient à protéger efficacement les délinquants. La renonciation à porter plainte ou le retrait de la plainte sont définitifs (art. 28 al. 5, art. 31 al. 2 CP). La poursuite d'office donne un rôle plus facile à la victime et confie à l'Etat la responsabilité de la poursuite pénale pour cette grave infraction. L'indépendance de la victime reste assurée grâce au droit de refuser de témoigner.

Selon plusieurs études, la violence sexuelle dans le mariage est fréquente. Afin que la prévention soit efficace, il est indispensable de supprimer l'obligation de porter plainte. A la lumière des dernières connaissances en matière de criminologie, il est nécessaire de modifier sans tarder le droit en vigueur.

Considérations de la commission

a. Etat des travaux au sein de l'Assemblée fédérale et de l'administration sur le même objet

Concernant le domaine abordé par l'initiative, aucune projet de révision en matière de droit pénal n'est prévu.

b. Travail lié à l'initiative et calendrier

La mise en oeuvre des objectifs visés par l'initiative parlementaire ne demandant que des modifications mineures de quelques dispositions du Code pénal, cette tâche pourra donc être menée à bien dans les plus brefs délais et sans un surcroît de travail important.

c. Possibilité d'atteindre l'objectif visé par l'initiative au moyen d'une motion ou d'un postulat

Les objectifs visés par l'initiative parlementaire pourraient être également atteints par une motion ou un postulat, à condition que le Conseil fédéral soutienne la proposition. Etant donné que la réalisation des objectifs ne présente pas de difficulté majeure, la commission préfère la voie de l'initiative parlementaire, permettant de procéder aussi rapidement que possible à la modification de la loi.

d. Considérations de la commission

Réunie le 27 octobre 1997, la Commission des affaires juridiques a traité cette initiative avec une autre initiative de même auteur «Classification parmi les infractions poursuivies d'office des actes de violence commis sur des femmes. Révision de l'article 123 CP» (96.464). L'auteur a expliqué qu'une étude du Fonds national est parue dans le cadre du programme national de recherche intitulé «Femmes, droit et société», mettant en évidence l'ampleur et l'importance du problème des actes de violence commis par un proche au sein du couple dans notre pays. Plus de 11 pour cent des femmes subissent au cours de leur vie des violences sexuelles de la part de leur conjoint ou partenaire. La poursuite de ces délits sur plainte et non pas d'office n'est plus justifiée aujourd'hui. L'idée selon laquelle des interventions de l'Etat auraient une influence négative sur une éventuelle réconciliation est encore fort répandue. Des études effectuées au Canada et aux Etats-Unis montrent au contraire que le principe de la poursuite d'office permet à la victime de ne plus subir de reproches pour avoir engagé une poursuite pénale.

La commission a accueilli très favorablement les deux modifications proposées. Elle rappelle que, dans le canton de Zurich, entre six et dix interventions de police ont lieu chaque jour en rapport avec des «différends familiaux», ce qui représente un chiffre impressionnant comparativement au nombre des interventions effectuées pour d'autres raisons. Seul un petit pourcentage des femmes porte plainte contre leur conjoint et, beaucoup d'entre elles les retirent, non pas pour sauver la paix familiale, mais sous la pression massive des proches. Plus une femme est maltraitée et humiliée, moins elle aura le courage de se sortir de cette situation. De plus, le conjoint est conforté dans ses agissements, puisqu'il sait qu'il n'encourt pratiquement aucun risque d'être puni. Dans l'hypothèse où le délit serait réprimé par une poursuite d'office, la victime pourrait toujours renoncer à témoigner.

La commission rappelle également que le Conseil national a rejeté, à la session d'hiver 1990, par 99 voix contre 68, dans le cadre de la révision du droit pénal concernant les délits contre l'intégrité sexuelle une proposition visant à classifier parmi les infractions poursuivies d'office le viol au sein du couple. La commission, dans sa majorité, a estimé que, la population ayant pris conscience de ce problème, il convenait maintenant de modifier la loi dans ce sens.

Au vu de ce qui précède, la commission propose de donner suite à l'initiative.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt mit 14 zu 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen, der Initiative Folge zu geben.

Proposition de la commission

La commission propose, par 14 voix contre 6 et avec 2 abstentions, de donner suite à l'initiative.

Antrag Sandoz Suzette

Den Initiativen 96.464 und 96.465 keine Folge geben

Antrag Vallender

Den Initiativen 96.464 und 96.465 keine Folge geben

Schriftliche Begründung

Beide parlamentarischen Initiativen verlangen sinngemäss dasselbe: Die sexuelle Gewalt in der Ehe bzw. nichtehelichen Gemeinschaft und die Vergewaltigung in der Ehe sollen neu als Officialdelikt behandelt werden, während das geltende Recht von Antragsdelikten ausgeht. Nach heutigem Recht braucht es also den Antrag der betroffenen Ehefrau auf strafrechtliche Verfolgung. Gegen eine Änderung des geltenden Rechtes sprechen mindestens drei Gründe:

1. Die sexuelle Beziehung in der Ehe gehört zum privaten Bereich der verheirateten Personen. Eine Ehe stellt aber mehr dar als die sexuelle Beziehung: Es ist eine auf gegenseitigem Vertrauen angelegte Lebensgemeinschaft von zwei mündigen Menschen. Dieses Vertrauen wird im Falle der sexuellen Gewalt gegen die Ehefrau oder Vergewaltigung bei der Ehefrau aufs schwerste gestört. Der Entscheid darüber,

ob und wie sehr die Ehefrau sich in ihrem Recht auf sexuelle Selbstbestimmung verletzt fühlt, sollte indessen bei der Frau selber und nicht beim Staat liegen. Das heutige Antragsverfahren lässt der Ehefrau die Möglichkeit, ein Verfahren in Gang zu setzen oder aber zu verzeihen.

2. Eine Ehefrau, die sich in ihrem Recht auf sexuelle Selbstbestimmung verletzt fühlt, wird sich automatisch vor die Frage gestellt sehen, ob sie an dieser Lebensgemeinschaft weiter festhalten will. Diesen Entscheid über Scheidung oder Trennung vom Ehepartner sollte die Frau in Eigenverantwortung treffen können. Falls nun die Verletzung der sexuellen Integrität als Offizialdelikt behandelt wird, wird eine eigenverantwortliche und vernünftige Regelung für Zusammenbleiben oder Trennung durch die Ehepartner selber stark erschwert. Der Staat greift hier mit dem Offizialverfahren in die Privatsphäre ein und bevormundet die Ehepartner in ihrem Entscheid über Scheidung, Trennung oder Neubeginn.

3. Die jetzt gültige Lösung des Antragsdeliktes wurde erst im Jahre 1991 eingeführt. Es ist nicht festzustellen, dass diese Regelung keinen Konsens mehr in der Gesellschaft findet.

Proposition Sandoz Suzette

Ne pas donner suite aux initiatives 96.464 et 96.465

Développement par écrit

Les deux initiatives poursuivent le même but: assurer la poursuite d'office et non plus sur plainte, de lésions corporelles (art. 123 CPS), de contrainte sexuelle (art. 189) et de viol (art. 190) commis entre époux. Cette question a déjà fait l'objet de longues discussions en 1987 au Conseil des Etats et en 1990 au Conseil national, discussions au cours desquelles tous les arguments ont été développés et analysés. Aucun fait ni élément nouveau ne s'est produit depuis l'entrée en vigueur de l'article 123 CPS, le 1er janvier 1990 et des articles 189 et 190, le 1er octobre 1992. Il n'existe aucun motif de reprendre l'étude du sujet. On rappellera simplement ici que seule la poursuite sur plainte, consacrée par le droit actuel, assure la victime – souvent une femme – de pouvoir demander au juge une protection civile (mesures protectrices de l'union conjugale, par exemple) sans courir le risque de déclencher une poursuite pénale contre sa volonté.

Proposition Vallender

Ne pas donner suite aux initiatives 96.464 et 96.465

von Felten Margrith (S, BS): Eine repräsentative Studie von 1997 über Gewalt in Ehe und Partnerschaft gibt erstmals Zahlen aus der Schweiz bekannt. Mehr als eine von fünf Frauen hat in ihrem Leben körperliche oder sexuelle Gewalt erlitten, und zwar nicht irgendwo, sondern in einer Partnerschaft. Im Laufe eines Jahres erleben rund 87 000 Frauen physische und/oder sexuelle Gewalt durch ihre Partner. Es geht hier keineswegs um ein psychologisches Problem einzelner Männer und Frauen, sondern um ein Massenphänomen. Bei der Zahl 87 000 handelt es sich im übrigen um eine vorsichtige Schätzung. Die effektive Zahl liegt höher. Im Kanton Zürich werden tagtäglich sechs bis zehn polizeiliche Einsätze unter dem verharmlosenden Titel «Familiendifferenzen» durchgeführt. Es geht hier auch nicht um Bagatellen, sondern um Straftatbestände, die mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren oder mit Gefängnis bestraft werden.

Dieser Gewaltrealität steht eine Kriminalstatistik mit folgenden Zahlen gegenüber: Wegen Vergewaltigung in der Ehe beispielsweise – diese Bestimmung ist seit 1992 in Kraft – erfolgten gesamtschweizerisch sechs Verurteilungen, wegen sonstiger sexueller Nötigung in einer partnerschaftlichen Beziehung kam es zu drei Verurteilungen.

Rechtlich sind wir mit der Tatsache konfrontiert, dass die gravierendsten Gewalttaten in Partnerschaften als Antragsdelikte ausgestaltet sind. Systematisch haben wir es mit einem eklatanten Widerspruch zu tun: Antragsdelikte – so die Lehre und Rechtsprechung – dienen dem Schutz der Opfer. Ausserdem werden nur jene Delikte als Antragsdelikte ausgestaltet, deren Unrechtsgehalt verhältnismässig gering ist. Niemand wird behaupten, dass Vergewaltigung, sexuelle Nötigung und einfache Körperverletzung – gemäss Praxis des

Bundesgerichtes gelten auch Knochenbrüche und Hirnerschütterungen als einfache Körperverletzungen – geringfügige Delikte sind! Ganz abgesehen davon kann niemand erklären, weshalb der Straftatbestand der Nötigung, dessen Unrechtsgehalt geringer ist, nach geltendem Recht auch in der Ehe von Amtes wegen verfolgt wird.

Angesichts des erschreckenden Ausmasses der häuslichen Gewalt kann von Opferschutz keine Rede sein. Die Kriminalstatistik beweist, dass die heutige Gesetzesregelung vor allem eines bewirkt, nämlich eine Privilegierung jener Täter, die Gewaltattacken gegenüber ihren Partnerinnen ausüben; sie gehen straflos aus.

Gewalt in Ehe und Partnerschaft geht uns alle an: Eine freiheitliche Gesellschaft darf dieses Ausmass an tagtäglichem Gewaltausübung weder leugnen noch dulden. Das geltende Recht hat in diesem Bereich verheerende Auswirkungen. Täter haben hinsichtlich von Gewaltattacken auf ihre Partnerinnen kaum ein Unrechtsbewusstsein. Das beweisen mehrere empirische Studien.

Im 14. Jahrhundert wurden in England vier Kategorien von Personen genannt, die ein Mann ungestraft schlagen durfte, weil sie nicht den rechtlichen Status besaßen, um ihn gerichtlich dafür zu belangen: Verräter, Heiden, Leibeigene und seine Ehefrau. Die mittelalterliche Rechtsauffassung ist hinsichtlich von drei der genannten Opferkategorien revidiert worden, hinsichtlich der Ehefrauen und Partnerinnen besteht noch dringender Handlungsbedarf.

Das heutige Recht ist mit Ausnahme der Vergewaltigung geschlechtsneutral formuliert. Selbstverständlich soll das auch künftig so gelten. Auch eine prügeln Frau soll von Amtes wegen verfolgt werden. Anlässlich einer Tagung zu Gewalt in Partnerschaften hat der Zürcher Staatsanwalt, Herr Ulrich Weder, in einem Referat gefordert, dass sämtliche Delikte gegen die physische, psychische und sexuelle Integrität im häuslichen Bereich grundsätzlich Offizialdelikte sein sollen. Aus «Kavaliersdelikten» sollen strafbare Handlungen werden.

Zum Argument Opferschutz: Die Erfahrung zeigt, dass Ehefrauen und Lebenspartnerinnen erst nach wiederholten, zum Teil langjährigen Gewalterfahrungen Anzeige erstatten. In diesem Moment setzen sie sich enormen Druckversuchen seitens des Täters aus. Oft wird ihnen gedroht, sie würden umgebracht, wenn sie die Anzeige nicht zurückzögen. Die meisten Anzeigen werden dann auch zurückgezogen. Wenn ich z. B. Zeugin von massiven Misshandlungen einer Frau werde und die Polizei rufe, dann kann es passieren, dass die Polizei nicht ausrückt, denn es fehlt der Antrag des Opfers. Das Antragsfordernis führt bei häuslicher Gewalt nicht zum Opferschutz, sondern klar zur weiteren Gefährdung des Opfers. Wer um den Bestand der Ehe besorgt ist, kann durch Erfahrungen im Ausland beruhigt werden. Die Verfolgung von Amtes wegen entlastet das Opfer vom Vorwurf, die Strafverfolgung eingeleitet zu haben. Damit sind die Voraussetzungen für eine allfällige Rettung der Ehe um einiges günstiger als bei der heutigen Regelung. Die Verfolgung von Amtes wegen ist vor allem Voraussetzung für Gewaltprävention. Nur so können die erfolgreich erprobten Beratungs- und Erziehungsprogramme zur Verminderung der Gewaltrealität greifen.

Frau Vallender und Frau Sandoz sind Mitglieder der Kommission für Rechtsfragen. Damals haben sie ihre Argumente gegen die Offizialisierung nicht dargelegt. Über die nun erst heute vorliegenden schriftlichen Gegenanträge bin ich sehr erstaunt. Die öffentliche Meinung, so heisst es u. a. in der Begründung zu diesen Anträgen, habe sich seit 1991 nicht geändert. Ich frage mich, welche öffentliche Meinung hier gemeint ist. 87 000 Straftaten und nicht einmal eine Verurteilung pro Jahr, da stimmt doch etwas nicht! Ich bitte Sie auch, die Unterstützung der Initiative durch die überparteilichen Frauenorganisationen und die Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten zu beachten.

Ich bitte Sie, diesen parlamentarischen Initiativen Folge zu geben.

Präsident: Die SVP-Fraktion lässt mitteilen, dass sie die Anträge Sandoz Suzette und Vallender unterstützt.

Vallender Dorle (R, AR): Frau von Felten hat gerade bemerkt, ich hätte in der Kommission für Rechtsfragen meine ablehnende Meinung gegenüber ihrer parlamentarischen Initiative nicht vorgebracht. Dem ist nicht so. Ich habe ausdrücklich gesagt, dass ich ihre Initiative nicht unterstützen kann, weil ich es falsch finde, wenn in einer Ehepaarbeziehung, also bei verheirateten Paaren, beiden Partnern, vor allem aber auch der Frau, jede Möglichkeit genommen wird, in Eigenverantwortung über das, was dann als Delikt erklärt werden soll, selber zu entscheiden. Wenn die parlamentarische Initiative von Felten auch für ein Offizialdelikt eine Rückzugsmöglichkeit offengelassen hätte, hätte ich ihr durchaus zustimmen können. Aber in dieser rigiden Form kann ich sie leider nicht unterstützen.

Jeanprêtre Francine (S, VD), rapporteure: Historiquement, il faut le rappeler – l'intervention de Mme Vallender va dans ce sens, le débat a déjà été mené –, le problème de la violence au sein du couple et du viol en particulier a été abordé en 1990 par le Conseil national et la proposition visant à classer parmi les infractions poursuivies d'office le viol au sein du couple a été repoussée par 99 voix contre 68. En date du 27 octobre 1997, votre Commission des affaires juridiques a estimé, lors de l'examen des deux initiatives parlementaires von Felten, que depuis cette époque une prise de conscience a eu lieu au sein de la population et qu'il est temps de reprendre le sujet, même si des opposants, des opposantes en l'occurrence, trouvent le délai trop court. Des chiffres révélateurs nous prouvent qu'il faut changer de niveau juridique et sortir du domaine purement privé où la seule victime avait la lourde, trop lourde responsabilité de déposer plainte. C'est ainsi que, par 14 voix contre 6 et avec 2 abstentions pour l'initiative visant à poursuivre d'office des actes de violence à caractère sexuel commis au sein du couple – il s'agit des articles 189 et 190 du Code pénal – et par 12 voix contre 5 et avec 4 abstentions pour la deuxième initiative visant à poursuivre d'office les lésions corporelles provoquées sur un ou une partenaire, votre commission s'est clairement prononcée.

Avant de développer la motivation, j'aimerais souligner que le libellé de l'alinéa 3 de l'article 123, lésions corporelles simples, tel que proposé par l'initiative, laisse entendre une formulation non sexiste de l'acte de violence. Ainsi, tant le délinquant peut devenir une délinquante et le conjoint une conjointe. Certes, la violence exercée par une épouse ou partenaire ne relève pas du cas d'école, mais à raison toutefois, la problématique relevée par Mme von Felten tend à démontrer – exemples et chiffres à l'appui, et c'est l'élément objectif et incontournable – que ce sont les épouses ou partenaires qu'il faut en premier lieu protéger.

Les résultats d'une étude du Fonds national a, pour la première fois dans notre pays, quantifié ce type de violence et, par conséquent, mis le doigt sur l'envergure de ce problème en Suisse. Cette étude révèle en particulier que plus d'une femme sur cinq a subi dans sa vie des violences physiques ou sexuelles de la part de son partenaire. Le message est clair: la société ne doit pas assister indifférente à cette violation quotidienne des droits fondamentaux. Les initiatives parlementaires von Felten proposent précisément des mesures au plan juridique qui sont à même de contribuer de manière significative à accroître la sécurité des femmes.

Aujourd'hui, de nombreuses infractions commises envers des femmes dans l'espace quotidien sont des délits poursuivis sur plainte. La femme qui décide d'agir en justice subit donc une pression énorme de la part du conjoint enclin à la violence. Des études en matière de criminologie le prouvent: il est pratiquement inconcevable d'exiger de la part d'une victime de violence commise dans la sphère domestique de déposer ou de maintenir une plainte. Une telle requête risque en effet de mettre en péril jusqu'à sa vie. Or, sans plainte de la part de la victime, le coupable n'a à craindre aucune peine. D'ailleurs, les statistiques montrent que les condamnations dans ce domaine sont extrêmement rares. Si la révision du Code pénal est adoptée, suite à l'acceptation des deux initiatives parlementaires, et que les infractions de ce type sont

désormais poursuivies d'office, les femmes se trouvent déchargées d'un fardeau pesant. De plus, une telle révision fait comprendre aux auteurs que ces infractions sont des actes punissables et non des actes privés. Les victimes bénéficient dès lors d'une sécurité accrue. Enfin, seule la qualification d'«infraction poursuivie d'office» permet de traiter l'auteur du délit. Elle seule permet de demander à l'auteur qu'il s'engage à subir un traitement ou un programme d'insertion sociale.

Votre commission a accueilli très favorablement les deux modifications proposées. Supprimer l'obligation de porter plainte est aussi une condition de l'efficacité des programmes de prévention de la violence. La poursuite d'office, en même temps qu'elle décharge la victime, certes, confère à l'Etat la responsabilité de la poursuite pénale pour ce grave problème social.

Au vu de ce qui précède, la commission, à une très large majorité, vous recommande donc de donner suite aux deux initiatives parlementaires von Felten.

Thanei Anita (S, ZH), Berichterstatterin: Margrith von Felten verlangt mit ihren beiden Initiativen, dass sexuelle Nötigung und Vergewaltigung in der Ehe sowie einfache Körperverletzung in Partnerschaften von Amtes wegen verfolgt werden sollen. Heute handelt es sich dabei um Antragsdelikte. Solche stellen in unserem Strafrechtssystem eine Ausnahme dar, da Verbrechensverhinderung und -ahndung grundsätzlich im öffentlichen Interesse sind. Frau von Felten hat die rechtspolitische Begründung für Antragsdelikte aufgezeigt. Das heutige gesetzgeberische Instrumentarium und dessen Umsetzung sind zur Bekämpfung der häuslichen Gewalt ungenügend. Dadurch wird diese tabuisiert und als Privatangelegenheit abgetan. Letztlich soll das Bild der heilen Familie nicht in Frage gestellt werden. Leider sind nicht alle Familien so heil! Körperliche und sexuelle Gewalt in Partnerschaften sind häufiger als allgemein angenommen. Margrith von Felten hat die Statistiken erwähnt. Diese Gewalt erscheint jedoch nicht in den speziellen Kriminalstatistiken. Auch dazu hat Frau von Felten mitgeteilt, dass es in den Jahren 1993 bis 1995 lediglich sechs Verurteilungen wegen Vergewaltigung in der Ehe gegeben hat. Es glaubt wohl niemand in diesem Saal, dass in diesen drei Jahren lediglich sechs Ehefrauen von ihren Männern vergewaltigt worden sind!

Die Befürworterinnen der Ausgestaltung der betreffenden Delikte als Antragsdelikte sind der Meinung, die staatliche Intervention verletze das Selbstbestimmungsrecht der Frauen, stehe der Versöhnung der Parteien entgegen und gefährde den Familienfrieden. Das ist blanker Zynismus! Von einem Familienfrieden kann bei Gewaltanwendung wohl nicht mehr die Rede sein! Es ist auch nicht die staatliche Intervention, die das sexuelle Selbstbestimmungsrecht der Frau verletzt – Frau Vallender, Sie haben eine seltsame Logik –, sondern es ist der Täter, der das sexuelle Selbstbestimmungsrecht der Frau verletzt. Anträge von Frauen werden denn auch nicht wegen des Familienfriedens zurückgezogen, sondern gestützt auf die Druckausübung durch den Täter, gilt es doch zu bedenken, dass nicht wenige Opfer auch finanziell vom Täter abhängig sind. Mit der Ausgestaltung als Antragsdelikt schützen wir nicht die Opfer, sondern die Täter!

Zur Offizialisierung von Artikel 189, «Sexuelle Nötigung», und Artikel 190, «Vergewaltigung»: Diese beiden Delikte wurden bei der letzten Sexualstrafrechtsrevision als Antragsdelikte ausgestaltet. Gründe dafür waren – wie bereits erwähnt – der Schutz der Familie und das Selbstbestimmungsrecht der Frau. Herr Dünki sprach von einem Gewissensentscheid, welcher der Frau nicht abgenommen werden könne. Dieser Ansatz ist falsch. Nicht die Frau soll die Verantwortung für die Einleitung einer Strafuntersuchung übernehmen müssen. Verbrechensbekämpfung ist Aufgabe des Staates und nicht des Opfers. Oder steht ein von der Ehefrau schwer verletzter Ehemann vor dem Gewissensentscheid, gegen seine Frau einen Strafantrag einreichen zu müssen? Ist Raub in der Ehe ein Antragsdelikt? Spricht dort irgend jemand von Selbstbestimmung, Familienschutz und Gewissensentscheid? Nein, der Unrechtsgehalt der Tat genügt für die obligatorischen staatlichen Eingriffe.

Eine Vergewaltigung in der Ehe stellt für die Frau eine schwere Persönlichkeitsverletzung und einen schweren Vertrauensbruch dar. Wenn es uns mit dem Schutz der körperlichen Integrität der Frau ernst ist, müssen wir solch schwere Delikte von Amtes wegen verfolgen. Dazu kommt, dass das Opfer mit oder ohne Trauschein den gleichen Schutz verdient. Es darf keinen rechtsfreien Raum für Ehemänner geben.

Zur einfachen Körperverletzung in Partnerschaften: Gewalt gegen Frauen, insbesondere die häusliche, ist laut dem Unicef-Kinderhilfswerk die häufigste Menschenrechtsverletzung; auch das ist bekannt. Die stärkere Partei übt in einem Vertrauens- oder Abhängigkeitsverhältnis Macht aus. Zur Bekämpfung dieser Macht rechtfertigt es sich daher, die einfache Körperverletzung in Partnerschaften in den Katalog der Offizialdelikte nach Absatz 2 dieser Bestimmung aufzunehmen. Ein Schlusswort zu beiden parlamentarischen Initiativen von Felten: Beide sind ein Signal des Gesetzgebers und der Gesetzgeberin dafür, dass häusliche Gewalt nicht mehr länger toleriert wird. Frau Sandoz, es hat sich seit 1987 bzw. 1990 sehr wohl etwas verändert, nämlich das Bewusstsein, dass häusliche Gewalt alle etwas angeht. Im übrigen – und das wieder an die Adresse von Frau Vallender – ist mit der Offizialisierung dieser beiden Delikte noch nicht jeder Täter verurteilt. Offen bleibt in Fällen, in welchen ein Täter die Tat befreit und allenfalls auch bereit ist, eine Behandlung und Beratung auf sich zu nehmen, die Möglichkeit des Opfers, das Zeugnisrecht zu verweigern oder eine Desinteresseerklärung abzugeben.

Ich bitte Sie, beiden parlamentarischen Initiativen von Felten Folge zu geben.

Leuba Jean-François (L, VD): J'aimerais demander à l'une des deux rapporteuses ce qui se passe dans l'hypothèse où une femme est encore attachée à son mari, demande des mesures protectrices de l'union conjugale et fait valoir dans la procédure relative à ces dernières les actes que vous condamnez à juste titre: le juge doit-il, dans votre idée, dénoncer d'office ou doit-il chercher à sauver l'union?

Jeanprêtre Francine (S, VD), rapporteure: Je répondrai simplement à M. Leuba que, dans la version que nous avons adoptée relativement à ce cas en particulier, la femme n'est pas obligée de témoigner.

Initiative 96.464

Namentliche Abstimmung

Vote nominatif

(Ref.: 1426)

Für den Antrag der Kommission (Folge geben) stimmen:

Votent pour la proposition de la commission (donner suite):
Aeppli, Aguet, Alder, Banga, Bangerter, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Bäumlín, Berberat, Bezzola, Bircher, Borel, Bühlmann, Burgener, Carobbio, Chiffelle, de Dardel, Diener, Dormann, Fankhauser, Fasel, Fässler, Gadiant, Goll, Gonseth, Grendelmeier, Grobet, Gross Andreas, Gross Jost, Grossenbacher, Guisan, Gysin Remo, Haering Binder, Hafner Ursula, Heim, Herczog, Hochreutener, Hollenstein, Hubmann, Imhof, Jans, Jeanprêtre, Jutzet, Langenberger, Leemann, Loretan Otto, Maury Pasquier, Meier Hans, Meier Samuel, Nabholz, Ostermann, Ratti, Rennwald, Roth, Schmid Odilo, Schmied Walter, Semadeni, Spielmann, Stamm Judith, Stump, Suter, Teuscher, Thanei, Thür, Tschäppät, Tschopp, Vermot, Vollmer, von Allmen, von Felten, Weber Agnes, Widmer (72)

Für den Antrag Vallender/Sandoz Suzette (keine Folge geben) stimmen:

Votent pour la proposition Vallender/Sandoz Suzette (ne pas donner suite):

Baumann Alexander, Binder, Bonny, Borer, Bortoluzzi, Caccia, Columberg, Couchepin, Deiss, Ducrot, Dünki, Dupraz, Eberhard, Egerszegi, Eggly, Engler, Fehr Lisbeth, Filliez,

Fischer-Seengen, Föhn, Freund, Frey Walter, Friderici, Fritschi, Gros Jean-Michel, Gusset, Hasler Ernst, Hegetschweiler, Hess Peter, Keller, Kofmel, Lachat, Leu, Leuba, Maitre, Maurer, Moser, Mühlemann, Nebiker, Oehri, Pelli, Philipona, Ruckstuhl, Rychen, Sandoz Marcel, Sandoz Suzette, Schenk, Scherrer Jürg, Scheurer, Schlüer, Schmid Samuel, Seiler Hanspeter, Simon, Speck, Stamm Luzi, Steffen, Steinegger, Steinemann, Steiner, Stucky, Theiler, Vallender, Vetterli, Vogel, Weigelt, Weyeneth, Widrig, Wittenwiler, Wyss, Zwygart (70)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Kunz

(1)

Entschuldigt/abwesend sind – Sont excusés/absents:

Aregger, Baumberger, Béguelin, Blaser, Blocher, Bosshard, Brunner Toni, Bühler, Cavadini Adriano, Cavalli, Christen, Comby, David, Dettling, Dreher, Durrer, Ehrler, Engelberger, Epiney, Eymann, Fehr Hans, Fischer-Hägglingen, Frey Claude, Giezendanner, Günter, Gysin Hans Rudolf, Hämmerle, Heberlein, Hess Otto, Hubacher, Jaquet, Kühne, Lauer, Ledergerber, Loeb, Lötscher, Marti Werner, Maspoli, Meyer Theo, Müller Erich, Müller-Hemmi, Pidoux, Pini, Ragenbass, Randegger, Rechsteiner Paul, Rechsteiner Rudolf, Ruf, Ruffy, Strahm, Tschuppert, Waber, Wiederkehr, Zapfl, Zbinden, Ziegler (56)

Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:

Leuenberger

(1)

Initiative 96.465

Namentliche Abstimmung

Vote nominatif

(Ref.: 1427)

Für den Antrag der Kommission (Folge geben) stimmen:

Votent pour la proposition de la commission (donner suite):
Aeppli, Aguet, Alder, Banga, Bangerter, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Bäumlín, Berberat, Bircher, Borel, Bühlmann, Burgener, Caccia, Carobbio, Chiffelle, de Dardel, Diener, Dormann, Ducrot, Durrer, Fankhauser, Fasel, Fässler, Filliez, Gadiant, Goll, Gonseth, Grendelmeier, Grobet, Gross Andreas, Gross Jost, Grossenbacher, Guisan, Gysin Remo, Haering Binder, Hafner Ursula, Heim, Herczog, Hess Peter, Hochreutener, Hollenstein, Hubacher, Hubmann, Imhof, Jans, Jeanprêtre, Jutzet, Lachat, Langenberger, Leemann, Loretan Otto, Maitre, Maury Pasquier, Meier Hans, Meier Samuel, Müller-Hemmi, Nabholz, Ostermann, Ratti, Rennwald, Roth, Ruffy, Schmid Odilo, Schmied Walter, Semadeni, Simon, Spielmann, Stamm Judith, Stump, Suter, Teuscher, Thanei, Thür, Tschäppät, Tschopp, Vermot, Vollmer, von Allmen, von Felten, Weber Agnes, Widmer (82)

Für den Antrag Vallender/Sandoz Suzette (keine Folge geben) stimmen:

Votent pour la proposition Vallender/Sandoz Suzette (ne pas donner suite):

Baumann Alexander, Bezzola, Binder, Bonny, Borer, Bortoluzzi, Columberg, Couchepin, Deiss, Dünki, Dupraz, Eberhard, Egerszegi, Eggly, Engler, Fehr Lisbeth, Fischer-Seengen, Föhn, Freund, Frey Walter, Friderici, Fritschi, Gros Jean-Michel, Gusset, Hasler Ernst, Heberlein, Hegetschweiler, Keller, Kofmel, Kunz, Leu, Leuba, Loeb, Maurer, Moser, Mühlemann, Nebiker, Oehri, Philipona, Ruckstuhl, Rychen, Sandoz Marcel, Sandoz Suzette, Schenk, Scherrer Jürg, Scheurer, Schlüer, Schmid Samuel, Seiler Hanspeter, Speck, Stamm Luzi, Steffen, Steinegger, Steinemann, Steiner, Stucky, Theiler, Vallender, Vetterli, Vogel, Weigelt, Weyeneth, Widrig, Wittenwiler, Wyss, Zwygart (66)

Entschuldigt/abwesend sind – Sont excusés/absents:

Aregger, Baumberger, Béguelin, Blaser, Blocher, Bosshard, Brunner Toni, Bühler, Cavadini Adriano, Cavalli, Christen,

Comby, David, Dettling, Dreher, Ehrler, Engelberger, Epiney, Eymann, Fehr Hans, Fischer-Hägglingsen, Frey Claude, Giezendanner, Günter, Gysin Hans Rudolf, Hämmerle, Hess Otto, Jaquet, Kühne, Lauper, Ledergerber, Lötscher, Marti Werner, Maspoli, Meyer Theo, Müller Erich, Pelli, Pidoux, Pini, Raggenbass, Randegger, Rechsteiner Paul, Rechsteiner Rudolf, Ruf, Strahm, Tschuppert, Waber, Wiederkehr, Zapfl, Zbinden, Ziegler (51)

Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:
Leuenberger (1)

96.408

**Parlamentarische Initiative
(Teuscher)
Autofreie Erlebnistage
Initiative parlementaire
(Teuscher)
Journées sans voitures**

Kategorie IV, Art. 68 GRN – Catégorie IV, art. 68 RCN

Wortlaut der Initiative vom 20. März 1996

Gestützt auf Artikel 93 Absatz 1 der Bundesverfassung und Artikel 21bis des Geschäftsverkehrsgesetzes reiche ich die folgende parlamentarische Initiative in der Form der allgemeinen Anregung ein. Die entsprechende Bundesgesetzgebung ist in folgendem Sinn abzuändern:

- jährlich werden zwei landesweite Erlebnistage durchgeführt;
- der Bund unterstützt die Bemühungen der Kantone und Gemeinden bei der Durchführung von kantonalen und regionalen autofreien Erlebnistagen.

Texte de l'initiative du 20 mars 1996

Conformément à l'article 93 alinéa 1er de la Constitution fédérale et à l'article 21bis de la loi sur les rapports entre les Conseils, je dépose l'initiative parlementaire suivante sous la forme d'une demande conçue en termes généraux. La législation fédérale pertinente doit être modifiée comme suit:

- deux journées sans voitures seront organisées chaque année sur l'ensemble du territoire helvétique;
- la Confédération soutiendra les efforts des cantons et des communes visant à organiser des journées sans voitures sur les plans cantonal et régional.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Baumann Ruedi, Bühlmann, Fasel, Gonseth, Hollenstein, Meier Hans, Ostermann, Thür (8)

Caccia Fulvio (C, TI) unterbreitet im Namen der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF) den folgenden schriftlichen Bericht:

Wir unterbreiten Ihnen gemäss Artikel 21ter des Geschäftsverkehrsgesetzes den Bericht der vorprüfenden Kommission über die von Nationalrätin Teuscher am 20. März 1996 eingereichte parlamentarische Initiative.

Die Initiantin schlägt vor, dass der Bund jährlich zwei autofreie Tage durchführt und die entsprechenden Bemühungen der Kantone und Gemeinden unterstützt.

Die Kommission hat die Initiantin am 10. Februar 1997 angehört.

Begründung der Initiantin

Das Zustandekommen der eidgenössischen Volksinitiative «umverkehrR» zeigt das Unbehagen breiter Bevölkerungsg-

kreise über die Belastungen, die der permanente Autoverkehr verursacht.

In Deutschland haben sich regionale autofreie Sonntage als Wohltat für die ansässige Bevölkerung und als eigentlicher Hit für den Tourismus erwiesen: 400 000 Leute nahmen 1986 am ersten autofreien Erlebnistag im Mittelrheintal («Weinstrasse» in der Pfalz) teil. Die erfolgreiche Aktion wird seither jährlich wiederholt und ist von anderen Regionen übernommen worden. 1995 fanden bereits elf autofreie Erlebnistage statt – zur besten Zufriedenheit der Bevölkerung und der Tourismusbranche.

Autofreie Tage bieten Raum für eine fast unermessliche Fülle von Aktivitäten, für die sonst mühsam Platz geschaffen werden muss: Stadtrundfahrten in Kutschen, spontane Open-air-Konzerte, Kinderspiele auf offener Strasse, Breitensportanlässe, Quartierfeste. Der plötzliche Wegfall des Autoverkehrs ermöglicht es, die eigene Umgebung völlig neu zu erleben und zu entdecken.

Autofreie Erlebnistage bieten die Chance, auf eindrückliche Weise zu erfahren, dass umweltfreundliches Verhalten auch lustvoll sein kann. Viele Leute würden sich überlegen, ob und wann sie das Auto wirklich benötigen. Der nichtmotorisierte Teil der Bevölkerung wäre wenigstens zweimal im Jahr von der Rücksicht auf den Privatverkehr befreit.

Nicht zu unterschätzen sind die Vorteile, die das internationale Aufsehen und die Attraktivität solcher Tage für die kriselnde Tourismusbranche bieten.

Erwägungen der Kommission

Die Kommission behandelte diese Initiative an der Sitzung vom 10. Februar 1997.

Zum formellen Aspekt stellte die Mehrheit der Kommission fest, dass es für das Anliegen der Initiantin keiner Änderung der Bundesgesetzgebung bedarf, da der Bundesrat schon die Kompetenz hat, den Motorfahrzeugverkehr in der ganzen Schweiz vorübergehend zu verbieten (Art. 2 Abs. 1 Bst. b des Strassenverkehrsgesetzes). Er hat von dieser Kompetenz bereits einmal in der Erdölkrise der siebziger Jahre Gebrauch gemacht. Im übrigen sind gemäss Artikel 3 Absätze 2 und 3 desselben Gesetzes auch die Kantone befugt, den Verkehr auf Strassen, die nicht dem allgemeinen Durchgangsverkehr geöffnet sind, zu untersagen oder zeitlich zu beschränken. Eine Gesetzesänderung ist also in den Augen der Mehrheit der Kommission nicht angebracht, weil eine entsprechende Regelung bereits besteht. Was den zweiten Punkt der Initiative betrifft – die Unterstützung der entsprechenden Bemühungen der Kantone und Gemeinden durch den Bund –, so ist es für die Mehrheit der Kommission nicht vorstellbar, welche Form diese Unterstützung annehmen sollte, wenn nicht die finanzielle, die allerdings im heutigen Umfeld schwierig zu realisieren wäre.

Zum inhaltlichen Aspekt hält die Mehrheit der Kommission fest, dass die Initiative zwar interessante Aspekte enthält, dass ein derartiges Verbot aber mit mehr Nachteilen als Vorteilen verbunden wäre. Solche Verbote haben nämlich oft zur Folge, dass der Verkehr sich auf die Tage vor und nach dem autofreien Tag verlagert. Auch würden dadurch die abgelegenen Regionen sowie die schlechtestgestellten oder weniger mobilen Bevölkerungsteile benachteiligt.

Die Mehrheit der Kommission erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass das Volk im Jahre 1978 die Volksinitiative «für zwölf autofreie Sonntage» abgelehnt hat.

Die Mehrheit der Kommission zweifelt daran, ob diese landesweite Massnahme für den schweizerischen Tourismus förderlich wäre. Auch würde dies ihrer Meinung nach Probleme auf internationaler Ebene schaffen, weil während diesen Verboten der Grenzdurchgangsverkehr blockiert würde. Die Minderheit der Kommission ist der Meinung, dass bei dieser Initiative nicht der ökologische Aspekt im Vordergrund steht, sondern dass sie vielmehr dazu dienen würde, der Bevölkerung ihr Verhältnis zum Auto ins Bewusstsein zu bringen und ihr zu ermöglichen, einen Tag zu erleben, an dem die Strassen für alle möglichen Aktivitäten und Begegnungen offenstünden. Nach ihrem Dafürhalten scheiterte die Volksinitiative von 1978 aufgrund der hohen Anzahl der geforderten

**Parlamentarische Initiative (von Felten) Sexuelle Gewalt in der Ehe als Officialdelikt.
Revision der Artikel 189 und 190 StGB**

**Initiative parlementaire (von Felten) Classification parmi les infractions poursuivies
d'office des actes de violence à caractère sexuel commis sur un conjoint. Modification des
articles 189 et 190 CP**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1997
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	09
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	96.465
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	15.12.1997 - 14:30
Date	
Data	
Seite	2633-2641
Page	
Pagina	
Ref. No	20 043 162